

nachrichten

Neue Truppen auf den Molukken

Auf den Molukken trafen im Mai neue Truppen ein, die drei Militärbataillone ersetzen sollen. Diese waren insgesamt neun Monate in der Region stationiert. Die neuen Truppen bestehen aus dem Bataillon VIII/Brawijaya Artillerie, dem Bataillon Zipur II/Siliwangi und dem Bataillon Arhanud C VIII/Brawijaya Luftlandtruppe. Der Gouverneur Saleh Latuconsina forderte das Sicherheitspersonal dazu auf, Gerechtigkeit und Ordnung in der Region wiederherzustellen, ohne für eine der beiden verfeindeten Seiten, Christen oder Muslime, Partei zu ergreifen. »Die Truppen, welche die Molukken jetzt verlassen, haben ihre Aufgaben optimal wahrgenommen und ihre Neutralität gewahrt. Sie haben sich von dem Konflikt, der zwischen dem Lager der Muslime und der Christen herrscht, nicht mitreißen lassen«, so Latuconsina bei einer Ansprache an die neuen Truppen in seinem Büro am 13. Mai. Er fügte hinzu, die Verantwortlichen würden bis zu 500.000 US-Dollar bereitstellen, um die Sicherheitsoperation auf den Inseln zu unterstützen. »Wir haben bemerkt, dass ein Mangel an finanziellen Ressourcen grundlegende Probleme sowie einen Mangel an Nahrungsmitteln für das Personal zur Folge hatte. Wir hoffen, diese Schwierigkeiten bald zu überwinden«, so Kommandeur Yasa.

vgl. *The Jakarta Post*, 14. Mai 2001

Wahid schlägt Verfassungsänderung vor

Der indonesische Präsident vertritt die Meinung, die im Land bestehenden politischen Konflikte seien vor allem auf unklare Paragraphen in der Verfassung (UUD) von 1945 zurückzuführen. Deshalb, so Wahid, müsse das Volk sich darauf vorbereiten, dass einige wesentliche Punkte der Verfassung im Jahre 2002 geändert würden. »Die Änderung des UUD soll zu einer Lösung der politischen Probleme führen, die sich in letzter Zeit entwickelt haben«, sagte Wahid, als er das »Seminar zur Stabilisierung der Sicherheit und der Ökonomie zur Über-

windung der nationalen Krise« am 9.5.2001 in Jakarta eröffnete. Er meinte, die politischen Probleme, die das Land zur Zeit betreffen, hätten mit dem »Dekret X« begonnen, das Vizepräsident Hatta nach der Proklamation der Unabhängigkeit erlassen hatte. Wahid erklärte, dass in der Verfassung festgeschrieben sei, dass der Präsident die Spitze der Exekutive sei, wohingegen der DPR das höchste legislative und der oberste Gerichtshof das höchste judikative Organ darstelle. »Aber dies wird in dem Dekret X verboten, weil das Kabinett,

das einen Teil der Regierung bildet, sich dem Parlament beugen muss. Dies steht im Konflikt zum UUD«, meinte das Staatsoberhaupt. Präsident Suharto, der Sukarno im Jahre 1966 abgelöst hatte, so Wahid, hätte Indonesien auf autoritäre Weise regiert. Aus diesen Fehlern müsse Indonesien nun lernen und sich bereit machen, die genannten Punkte in der Verfassung im Jahre 2002 zu ändern, sagte er.

vgl. *Suara Pembaruan*, 10. Mai 2001

Spekulationen über die Präsidentschaft

»Indonesiens Problem ist der Präsident«, so lautete die Überschrift eines Artikels der Tageszeitung *The Jakarta Post* am 11. Mai 2001. Der Journalist Soedjati Djwandono vertrat darin die Ansicht, die Politik Indonesiens sei seit der Wahl Abdurrahman Wahids zum Präsidenten lediglich vom Machtkampf innerhalb der politischen Elite geprägt. »Das Gekeife hat sich in einem Tauziehen zwischen dem Präsidenten, der Legislative, dem Parlament und dem Volksvertretungsrat manifestiert«, so Djwandono. »Man kann nicht mehr nachvollziehen, welche Seite damit angefangen hat, aber es ist auch irrelevant«, fügte er hinzu. Durch die zwei Rü-

gen, die das Parlament innerhalb der letzten drei Monate bereits gegen Wahid ausgesprochen hat, die er jedoch ignorierte, ist der Präsident momentan zum hervorstechendsten Problem Indonesiens geworden. Eine Sondersitzung des Volksvertretungsrates MPR erscheint nun durch den von der Öffentlichkeit auf Wahid ausgeübten Druck unvermeidbar. Dies betonte auch Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri am 14. Mai, wie der Vorsitzende der Muhammadiyah-Jugendorganisation Nadjamuddin Ramli der Presse erklärte: »Wir haben sie über ihre Pläne hinsichtlich einer Sondersitzung gefragt und sie antwortete, dass die MPR-

Sitzung unvermeidbar wäre, weil in der Verfassung so vorgesehen sei«.

Spekuliert wird nun darüber, ob eine solche Sitzung des MPR ein Amtsenthebungsverfahren nach sich ziehen wird, oder ob andere Folgen wie z.B. eine wesentlich frühere Anberaumung von Parlamentsneuwahlen zu erwarten sind. Djwandono ist der Meinung, die akzeptabelste Lösung bestehe darin, die Macht der Vizepräsidentin Megawati zu übertragen: »Lasst Präsident Wahid zwar bis zum Ende seiner Amtsperiode regieren, aber nicht das Land beherrschen«, so die Devise Djwandonos.

vgl. *The Jakarta Post*, 11. Mai 2001

Luftwaffe errichtet Stützpunkt in Biak

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Antara sagte Djoko Suyanto, Chef des östlichen Luftwaffenkommandos, am 14.5.2001 in Makassar, der Hauptstadt Süd-Sulawesis, die Luftwaffe werde ein neues Luftabwehrkommando in Biak, West Papua, errichten. Er berichtete Reportern, Biak habe zwar bereits einen Luftstützpunkt,

dieser sei jedoch bisher nicht in einen Hauptstützpunkt weiterentwickelt worden. »Um ihn in einen Hauptstützpunkt umzufunktionieren, müssen wir dies zu einem langfristigen Entwicklungsprogramm machen und ihn Schritt für Schritt konstruieren«, so Suyanto. Über die Art der Flugzeuge, die in Biak operieren sollen, konnte er sich

jedoch noch nicht äußern, da dies von der finanziellen Situation des Landes abhinge. »Wenn unser Staat über genügend Ressourcen verfügt, werden wir neue Flugzeuge kaufen und sie dort stationieren«, meinte er.

vgl. *Jakarta Post*, *Kompas* 14.5.2001

Gedenkfeier verlief friedlich

Der Polizeidirektor Jakartas General Sofjan Jacob meinte, die Feier, in der Studenten der vier Opfer gedachten, die am 12.5.1998 auf dem Campus der Universität Trisakti, West-Jakarta, von Soldaten erschossen worden waren, sei weitgehend friedlich verlaufen. Die

Gedenkfeier fand an insgesamt vier zentralen Plätzen der Hauptstadt statt, an denen sich insgesamt zehntausende Studenten eingefunden hatten. Die Studenten waren im Zuge von Demonstrationen für den Sturz des ehemaligen Präsidenten Suharto getötet worden. Den

Todesfällen, für die das Militär bis heute keine Verantwortung übernommen hat, waren im Mai 1998 weitere politische Unruhen gefolgt, die letztendlich zum Sturz des langjährigen Herrschers Suharto führten.

vgl. *The Jakarta Post*, *Kompas*, 14. Mai 2001

Bombenexplosionen in Jakarta

In Guntur, Süd-Jakarta, explodierte am 10.5.2001 in einem Wohnheim für Studenten aus Aceh eine Bombe. Dabei wurden zwei junge Leute getötet und zwei verletzt. Das von einer Menschenrechtsorganisation speziell für finanziell benachteiligte acehneseische Studenten gemietete Haus, das in einer etwas abgelegeneren Gegend Süd-Jakartas lag, wurde durch die Explosion, die einen großen Teil des Daches zerfetzte, stark beschädigt. »Eine zweite, nicht detonierte Bombe wurde in dem Haus gefunden und von Experten

entschärft«, so Polizeisprecher Anton Bachrul Alam am 11. Mai für Metro TV. »Was wir bisher wissen ist, dass es sich um eine besonders starke Bombe handelte. Die Substanz wird aber noch untersucht«, sagte Alam. Seit der Detonation hat die Polizei elf Verdächtige verhört, die ausschließlich Bewohner des betroffenen Hauses waren. Eine weitere Bombe war nur eine halbe Stunde später in Depok, einem südöstlich von Jakarta gelegenen Vorort, explodiert. Die Bombe, die in einem Paket versteckt war, verursachte jedoch keinen

größeren Personen-, oder Sachschaden. Ein weiterer Polizeisprecher, Timbul Sianturi, sagte, in den Trümmern des Hauses in Guntur seien Dokumente des Informationszentrums für das Referendum Acehs gefunden worden. »Es ist nicht übereilt, die GAM für die Bombardierung zu beschuldigen«, so Sianturi. Jakarta war seit dem letzten Jahr die Zielscheibe für eine Serie von Explosionen geworden, bei der an Weihnachten 2000 sogar 19 Menschen starben.

vgl. *Suara Pemanduan, The Jakarta Post*, 11. Mai 2000

Aceh: Verhöre im Fall Teuku Johan

In der Hauptstadt der Provinz Aceh auf Nordsumatra, Banda Aceh, vernimmt die Polizei zur Zeit zwölf Personen, die unter Verdacht stehen, den Mord an Teuku Johan, einem Mitglied des Volksvertretungsrates MPR, verübt zu haben. Tausende Acehnesen hatten dem pensionierten General am 10. Mai die letzte Ehre erwiesen, der von vielen als beliebter Politiker angesehen wurde, da er sowohl von der *Gerakan Aceh Merdeka* (Bewegung Freies Aceh, GAM) als auch vom Militär eine Beendigung der Gewalt gefordert hatte. Johan war auf dem Heimweg von der großen Moschee in Banda Aceh erschossen worden. Der Vorsitzende für Gesetz und Ordnung in Aceh, General Jusuf Manggabarani, führt den Überfall auf die »Verzweiflung« militanter Vertreter der GAM zurück: »Deswegen haben wir keine andere Wahl, als harte Maßnahmen gegen diese bewaffneten Rebellen zu ergreifen«, sagte er der TV-Station *Metro* am 11. Mai. Johan ist nicht der einzige prominente Todesfall in der letzten Zeit. Vorher waren bereits mehrere einflussreiche Persönlichkeiten Acehs ermordet worden, deren Täter noch nicht gefasst sind. Zu den Opfern zählten u.a. der Rektor des islamischen Instituts IAIN, Safwan Idris, und das Parlamentsmitglied Tengku Nasiruddin Daud, das die PPP vertrat.

vgl. *The Jakarta Post*, 11. 05. 2001

Diskussion über Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Regierung erwägt die Anhebung der Mehrwertsteuer von zehn auf 15 Prozent, um das eklatante Haushaltsdefizit auszugleichen. Der für das Steuerwesen zuständige Generaldirektor Hadi Purnomo sagte am 8.5.2001, der einfachste Weg, möglichst schnell höhere Steuereinnahmen zu erzielen, bestehe in der Erhöhung der sogenannten indirekten Steuern, d.h. vorwiegend der Mehrwertsteuer. »Ja, es hat Forderungen gegeben, die Mehrwertsteuer anzuheben, aber wir haben darüber noch nicht entschieden«, so Purnomo.

Kritiker befürchten, dass eine Erhöhung dieser Steuer einen negativen Einfluss auf den geschäftlichen Bereich ausüben werde, da die Kaufkraft gesenkt würde. Zahlreiche Ökonomen hatten schon früher die Regierung davor gewarnt, den Indonesiern mit niedrigen Löhnen weitere Lasten aufzubürden, indem sie dies als »politischen Selbstmord« bezeichneten. Obwohl Purnomo noch keine verbindlichen Aussagen über das geplante Steueraufkommen machen wollte, sagte er, die provisorischen Zahlen lägen zwischen 16,3 und 16,5 Milliarden US Dollar.

vgl. *The Jakarta Post*, 11.05.2001

Arbeitsmoral der Richter sinkt

Wie aus einer Studie der Organisation *Judicial Watch* an fünf Gerichtshöfen Jakartas hervorging, ist die Arbeitsmoral der Richter dort als mangelhaft einzustufen. Der Vorsitzende von *Judicial Watch*, Margarito Kamis, sagte am 11. Mai in Jakarta, die Richter schliefen während der Verhandlungen häufig ein oder gäben sich dem Tagträumen hin. »Dieses Verhalten ist typisch für die untersuchten Gerichtshöfe in Jakarta«, konstatierte er. Außerdem telefonierten viele Richter inmitten der Verhandlung über ihr Handy und es seien in den meisten Fällen keine Gerichtsdienere anwesend, so dass der Richter den Saal zwischendurch verlassen müsse, um sie hereinzubitten. Durch diese Umstände könnten sie somit weder dem Plädoyer des Staatsanwalts noch des Verteidigers folgen, so Kamis. Weiterhin sei es für sie nicht möglich, ein sinnvolles Urteil zu sprechen. »Das Verhalten der Richter zeugt nicht von Professionalität und demonstriert ihren Mangel an Respekt für die Rechtsprechung. Für *Judicial Watch* sind dies ernstzunehmende Fakten, die dem *Mahkamah Agung* (Oberster Gerichtshof) vorgeführt werden müssen, weil die sinkende Arbeitsmoral der Gerechtigkeit entgegensteht und die Glaubwürdigkeit des Gerichtswesens in Frage stellt«, schlussfolgerte Kamis. vgl. *Kompas*, 11. Mai 2001

nachrichten

Studenten demonstrieren vor DPR

Schätzungsweise 500 Studenten demonstrierten am 14.5.2001 vor dem Parlamentsgebäude und forderten die Auflösung *Golkars* (Neue Ordnung), der ehemaligen Regierungspartei Suhartos, sowie die Sanktionierung der von ihr begangenen Menschenrechtsverletzungen. Die Demonstranten setzten sich u.a. aus Studenten der *Keluarga Aksi Mahasiswa Trisakti* (Zusammenschluss der Studenten Trisaktis), der *Sekolah Tinggi Teknologi Indonesia* (Universität für Technologie in Indonesien) und der *Gerakan Mahasiswa Universitas Pancasila untuk Reformasi* (Bewegung der Studenten der Universität Pancasila für Reformation, GEMPUR) zusammen. Sie erklärten der Presse, die Kräfte der *Neuen Ordnung* versuchten, ihre Macht wiederzuerlangen und gaben als Begründung an, dass immer noch kräftige Spuren von ihnen in politischen, ökonomischen und kulturellen Institutionen zu sehen seien. Ein konkreter Beweis bestehe in der immer noch sichtbaren Macht der *Golkar*, die sich u.a. in der Präsenz der Armee im Parlament manifestiere. Außerdem halten die jungen Leute die Tatsache, dass die Politik weder gegen Korruption noch gegen Menschenrechtsverletzungen in ausreichendem Maße vorgehe, für ein sicheres Zeichen der Macht, die *Golkar* immer noch auf die Gesellschaft ausübe.

vgl. *Kompas*, 14. Mai 2001